



**Susanne Mittag**  
Mitglieder des Deutschen Bundestages

## **Pressemitteilung**

### **Susanne Mittag:**

### **Alternativen zu Tierversuchen stärken**

Berlin, 11.09.2020

Bezug:

Anlagen:

**Susanne Mittag, MdB**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Paul-Löbe-Haus

Raum: 5.133

Telefon: +49 30 227-78171

Fax: +49 30 227-70173

susanne.mittag@bundestag.de

**Wahlkreis:**

Arthur-Fitger-Straße 10

27749 Delmenhorst

Telefon: +49 4421 -152 1212

Fax: +49 4221 -152 1222

susanne.mittag@bundestag.de

Seit Jahren belegt Deutschland europaweit einen der vordersten Plätze bei der Anzahl an Tierversuchen. Um zu erörtern, inwieweit sich diese durch alternative Versuchsmethoden verringern oder sogar ganz abschaffen lassen könnten, hatten einige SPD-Bundestagsabgeordnete am Dienstag WissenschaftlerInnen eingeladen, die in diesem Bereich forschen.

Klar wurde, dass es leider keinen sofortigen Ausstieg aus Tierversuchen geben wird. Umso wichtiger ist es, sie weiter zu reduzieren. In der Praxis hat sich vor allem das sogenannte 3-R-Konzept (Replacement, Reduction, Refinement; zu Deutsch: Vermeiden, Verringern, Verbessern) etabliert. So darf es keine Tierversuche mehr geben, wo es wissenschaftlich geprüfte Alternativmethoden gibt, um wissenschaftliche Fragen zu klären oder die Gefährlichkeit von Stoffen für den Menschen zu bewerten.

Auch müssen die behördlichen Kontrollen von Tierversuchslabore – rechtlich verbindlich – erhöht werden, auf mindestens einmal jährlich, und das unangekündigt. Dort wo Tierversuche bisher nur anzeigepflichtig sind (z.B. im Rahmen der Arzneimittelzulassung oder zu diagnostischen Zwecken) müssen sie genehmigungspflichtig werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion sieht nach wie vor großen Handlungs- und Forschungsbedarf für die Entwicklung von Alternativmethoden, die in den vergangenen Jahre große Fortschritte gemacht haben. Diese werden auch künftig durch adäquate Förderung garantiert werden müssen.

Die Erkenntnisse des Fachgespräches sollen nun genutzt werden, um den Druck auf das zuständige Bundeslandwirtschaftsministerium zu erhöhen. Dort wird zurzeit die Tierschutz-Versuchstierverordnung überarbeitet, nachdem die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet hatte, weil die EU-Versuchstierrichtlinie



nicht ausreichend umgesetzt wurde. Ob die Nachbesserungen ausreichen werden, ein schlüssiges Konzept für eine schnellere Reduzierung von Tierversuchen vorzulegen und einen Weg für einen mittel- bzw. langfristigen Ausstieg zu erarbeiten, muss sich erst noch zeigen.